



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2006

Nachhaltigkeit und Internationale Politik

Ruloff, Dieter

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-63976>

Journal Article

Published Version

Originally published at:

Ruloff, Dieter (2006). Nachhaltigkeit und Internationale Politik. Forum Raumentwicklung, (3):8-10.

Nachhaltigkeit und internationale Politik

• • • • •

Dieter Ruloff
Direktor des Instituts für Politikwissenschaft
Universität Zürich



Der Umgang der Menschheit mit ihren globalen Gütern gleicht einer Tragödie. Jedermann versteht zwar die Notwendigkeit des nachhaltigen Umgangs mit Umwelt und Rohstoffen. Doch wegen kurzfristiger wirt-

schaftlicher Interessen ist der Raubbau an der Umwelt schwer zu zügeln. Eine Vielzahl internationaler Abkommen versucht zu schützen, zu retten und zu erhalten. Ihre Wirkung lässt allerdings zu wünschen übrig.

Als Prinzip der Schweizer Forstwirtschaft ist der Nachhaltigkeitsgedanke über hundert Jahre alt: Nur so viel an Holz schlagen, wie der Wald nachwachsen lässt. Als Maxime des Umgangs mit globalen öffentlichen Gütern beginnt Nachhaltigkeit zweifellos mit den Anstrengungen des Clubs of Rome in den Sechzigerjahren des letzten Jahrhunderts, der die Auswirkungen der Endlichkeit von Rohstoffquellen auf das weltweite Wirtschaftswachstum und das Schicksal der Menschheit erstmals erforschte. Im März 1972 erschien der erste Bericht des Clubs of Rome zu den «Grenzen des Wachstums». Im selben Jahr fand in Stockholm die erste Weltumweltkonferenz der UNO statt, wobei charakteristischerweise die Umweltanliegen des industrialisierten Nordens auf die Entwicklungsinteressen des Südens trafen. 1983, also gut zehn Jahre nach den «Grenzen des Wachstums», wurde im Rahmen der UNO die Internationale Kommission für Umwelt und Entwicklung WCED gegründet und unter die Leitung der damaligen norwegischen Regierungschefin Gro Harlem Brundtland gestellt. Ziel war es, Entwicklungs- und Umweltanliegen in Einklang zu bringen und damit die schon 1972 in Stockholm zutage getretene Kluft zwischen Nord und Süd zu überbrücken. 1987 erschien der so genannte Brundtland-Bericht «Unsere gemeinsame Zukunft» und machte Vorschläge für eine Nachhaltige Entwicklung. Darunter wird eine Form der Entwicklung verstanden, die den Bedürfnissen der Gegenwart entspricht, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu beschränken.

«Rio» lancierte «Agenda 21»

Die UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung UNCED 1992 in Rio de Janeiro machte die Idee der Nachhaltigkeit zu einem allgemein anerkannten Kriterium, namentlich in der Entwicklungszusammenarbeit. Als umfassendstes Dokument, das den notwendigen Wandel

Punkt für Punkt benennt, gilt die in Rio verabschiedete Agenda 21. Nachhaltigkeit wird heute von allen multilateralen Entwicklungsagenturen, der Weltbank, den regionalen Entwicklungsbanken und der OECD als Kriterium der Projektfinanzierung angewendet. Die Entwicklungsziele der UNO zur Jahrhundertwende (Millennium Goals) nennen explizit den nachhaltigen Umgang mit der Umwelt als einen der bis 2015 zu erreichenden Meilensteine. Die UNO-Konferenz über Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 bestätigte noch einmal das Ziel Nachhaltiger Entwicklung, fand aber gravierende Mängel in der Umsetzung der zehn Jahre zuvor verabschiedeten Agenda 21.

Durchgezogene Bilanz

Über 100 internationale Umweltabkommen (so genannte Multilateral Environmental Agreements, MEAs) sind inzwischen in Kraft. Es gibt kaum einen Umweltbereich, der nicht in der einen oder anderen Weise international reguliert ist. Einige Erfolge wurden erreicht, insgesamt sind die Resultate jedoch unbefriedigend. Die Nutzung der hohen See beispielsweise wurde auf der dritten UNO-Seerechtskonferenz (UNCLOS III) zwar weitgehend reguliert; Dumping-Konventionen verbieten die Entsorgung von toxischen oder strahlenden Abfällen auf hoher See. Die Verschmutzung der Meere durch Öl aus der Schifffahrt bleibt aber ein Problem, ebenso die Belastung der Meere durch verschmutzte Flüsse. Verbesserungen wie etwa in der Ostsee sind noch die Ausnahme. Verschärfte Standards wie Zwei-Hüllen-Tanker werden nach und nach greifen und die Gefahr grossflächiger Ölverschmutzung der Meere eindämmen. Neu im Blickfeld ist der Tiefseeboden, der zunehmend für eine wirtschaftliche Nutzung interessant wird, was problematische Konsequenzen für die Umwelt hat. Weil der Rohstoffabbau hier jedoch technisch sehr anspruchsvoll ist, wird er vorläufig nicht im gros-

sen Stil erfolgen. Anders die Ausbeutung der Fischbestände: Regionale Fischereikommissionen regulieren Technik und Menge des Fischfangs, doch ist man hier von einer nachhaltigen Nutzung noch immer weit entfernt; manche Fischarten sind am Rand des Aussterbens oder bereits nicht mehr anzutreffen. Die Regeln der Internationalen Walfangkommission (IWC) werden von einigen Mitgliedstaaten systematisch unterlaufen, von manchen Nicht-Mitgliedern schlicht ignoriert. Die Zukunft der Wale gibt deshalb weiterhin Anlass zur Sorge. Im Gegensatz dazu ist der Schutz des Südpols durch den internationalen Antarktis-Vertrag von 1959 eine Erfolgsgeschichte: Eine wirtschaftliche oder militärische Nutzung des Südpols zum Beispiel für Nukleartests wurde abgewendet, ebenso territoriale Ansprüche der Anrainerstaaten, sodass die Antarktis ein gut geschütztes Stück Menschheitserbe bleibt.

Klimaveränderung wird spürbar

Wachsende Sorge bereiten vor allem die Veränderungen in der Atmosphäre. Mit der Wiener Konvention von 1985 und dem Montrealer Protokoll von 1987 wurden beim Schutz der stratosphärischen Ozonschicht grosse Fortschritte erzielt. Die Bekämpfung des Treibhauseffekts durch die Klimakonvention von 1992 und das Kyoto-Protokoll von 1997 hingegen haben nur wenig bewirkt, vor allem wegen des Abseitsstehens grosser CO₂-Emittenten wie den USA und wegen des fehlenden Einbezugs der Entwicklungsländer. Selbst die volle Umsetzung des Kyoto-Protokolls hätte nur einen sehr geringen Einfluss auf den anstehenden Klimawandel. Um mittel- und langfristige eine gefährliche anthropogene Störung des globalen Klimasystems entscheidend abzuschwächen, wären einschneidende Massnahmen nötig; solche sind aber nicht in Sicht, im Gegenteil. Die rasante Expansion der Weltwirtschaft, namentlich in Süd- und Ost-



Stein- und Braunkohle: Energieträger, aber auch CO₂-trächtig

asien, geht mit einem weiterhin steigenden Verbrauch von fossilen Energieträgern einher. Die Konsequenzen für das Weltklima sind absehbar, die Folgen der Klimaveränderung zunehmend spürbar.

Kostendruck motiviert zum Rohstoffsparen

Das absehbare Wachstum der ostasiatischen Schwellenländer wird hunderte Millionen Menschen nach und nach aus schwerster Armut herausführen; auch für die Weltwirtschaft insgesamt ist dies eine gute Nachricht. Für die Umwelt jedoch sind der damit einhergehende wachsende Bedarf an Rohstoffen und die zunehmenden Emissionen eine schlechte Nachricht. Erst mittel- bis langfristig ist eine spürbare Wirkung des weiteren Ausbaus inter-

nationaler Umwelt-Regimes und der Weiterentwicklung von Kreislauf-Technologien zu erwarten. Dies insbesondere dann, wenn sich im Wechselspiel zwischen zunehmendem ökologischem Handlungsdruck, Kostendruck bei herkömmlichen Rohstoffen und Kosten senkendem technischem Fortschritt in Schlüsselbereichen neue Märkte eröffnen und weltweit Wettbewerbsvorteile für Anbieter solcher neuen Ressourcen und Produkte entstehen.

Fossile Energieträger effizienter nutzen

Typisch für den gesamten Rohstoffbereich ist die Lage bei Öl, Kohle und Erdgas. Die Menschheit verfügt zwar noch über grosse Vorkommen fossiler Energieträger, wenn man die aufwändig nutzbaren Reserven hinzuzählt, al-

so Schweröl-Ablagerungen, Teersände oder Ölschiefer. Die Internationale Energieagentur schätzt die weltweiten Vorkommen an Erdöl und Erdgas auf etwa 20 Billionen Fass Erdöläquivalente. Ein Viertel bis die Hälfte davon lässt sich mit gegenwärtiger Technologie fördern. Angesichts technischen Fortschritts kann dieser Anteil noch wachsen. Allerdings darf die Menschheit schon aus ökologischen Erwägungen kein Interesse daran haben, alle verfügbaren Reserven an Öl und Erdgas nach und nach zu verbrennen. Dies selbst dann nicht, wenn man Wege fände, eine weitere Belastung der Atmosphäre zu vermeiden, indem man CO₂ durch unterirdische Speicherung (Carbon Capture and Storage, CCS) dauerhaft aus der Atmosphäre verbannt. Die nächsten Jahre und Jahrzehnte werden einen Wettlauf bringen: einerseits zwischen Technologien der Erdöl- und Erdgas-Substitution und des effizienteren Umgangs mit Erdgas und Erdöl und andererseits der verbesserten Ausbeutung bekannter sowie der Erschließung neuer und so genannter unkonventioneller Vorkommen. Beim aktuellen Preisniveau von Erdöl und Erdgas ist beides interessant.



Dieter Ruloff (1947) ist Direktor des Instituts für Politikwissenschaft und ordentlicher Professor für internationale Beziehungen an der Universität Zürich. Er hat sich in seiner Forschung

mit Fragen der Kompatibilität von weltweiten Handels- und Umweltinteressen auseinander gesetzt. Unter anderem war er beteiligt an der Erstellung des Berichts «Herausforderungen 2003-2007 – Trendentwicklungen und mögliche Zukunftsthemen für die Bundespolitik» des Perspektivstabs der Schweizerischen Bundeskanzlei. Aktuell wirkt er bei dessen Aktualisierung für den Zeithorizont bis 2015 mit. ruloff@pw.unizh.ch